

Abschlussbericht vom 20.5.2024 zum Blutskandal im Vereinigten Königreich:

Britische Regierungen vertuschten Skandal um infiziertes Blut

Zusammenfassung

1. Eine Untersuchung des Skandals um infiziertes Blut hat eine Reihe von Versäumnissen des NHS (Nationaler Gesundheitsservice) und aufeinanderfolgender Regierungen aufgedeckt
2. Im Abschlussbericht der Untersuchung heißt es, dass die Patienten wissentlich "inakzeptablen Risiken" ausgesetzt waren
3. Die fünfjährige Untersuchung beschuldigt auch Ärzte, die Regierung und den NHS, zu versuchen, das Geschehene zu vertuschen
4. Sir Brian Langstaff, der Vorsitzende der Untersuchung, sagt, dass die Menschen "ihr Vertrauen in Ärzte und in die Regierung setzen ... und ihr Vertrauen wurde verraten."
5. "Jetzt weiß das Land, und die Welt weiß, dass es einen absichtlichen Versuch gab, zu lügen und zu verbergen", sagt der Aktivist Clive Smith.
6. Mehr als 30.000 Menschen haben sich von 1970 bis 1991 durch kontaminierte Produkte mit HIV und Hepatitis C infiziert - etwa 3.000 sind seitdem gestorben

[Link zum BBC Bericht](#)

Entschädigungen im Vereinigten Königreich

Die Britische Regierung hat ein detailliertes Entschädigungsschema vorgelegt

[Link zur Regierungs-Info](#)

Für eine HIV Infektion gibt es Entschädigungen zwischen £2,225,000 - £2,615,000.
Das entspricht ca. 2,6 – 3,05 Mio. Euro.

Situation in Deutschland

Obwohl es in Deutschland 1994 einen Untersuchungsausschuss gab, fehlt hier im Gegensatz zum Vereinigten Königreich bis heute jeglicher Ansatz zur Untersuchung bei den HCV Infektionen.

Genauso bagatellisiert die Bundesregierung in ihrer [Antwort vom 13.1.2023](#) auf eine Kleine Anfrage der Unionsfraktion die Leistungen der Stiftung Humanitäre Hilfe als freiwillige Leistungen und ignoriert, dass es Entschädigungen sind.

Dabei haben die Leistungsempfänger einen Rechtsanspruch auf die Leistungen ([HIVHG](#), S.8, re. Spalte) und bekommen keine freiwilligen Leistungen oder Almosen.

In der 2./3. Lesung zur Novellierung (Plenarprotokoll) steht auf S. 24292 im ersten Absatz der linken Spalte:

„ ... *Da die Leistungen künftig entsprechend den Anpassungen in der gesetzlichen Rentenversicherung dynamisiert werden, stellt der Bund in den nächsten Jahren 8 bis 10 Millionen Euro für die **Entschädigungen** zur Verfügung. ... „*

Die Bundesregierung bat am 20.1.1995 für die Fehleinschätzungen der Bundesbehörden um Verzeihung (Bundestagsprotokoll S. 788, re. Spalte, 3. Absatz).

Und jetzt werden die Betroffenen trotz Bitte der Bundesregierung um Verzeihung im Jahre 1995 mit Fehleinschätzungen der Bundesregierung selbst konfrontiert. Damit stößt die Bundesregierung die HIV Infizierten vor den Kopf. Mit der Bitte um Verzeihung hat die Bundesregierung eine besondere Fürsorgepflicht für die Leistungsempfänger der Humanitären Hilfe übernommen. Mit ihrem Maßstab vom 20.1.1995 steht sie erneut in der Pflicht zur Bitte um Verzeihung bei den Betroffenen, diesmal wegen eigener Fehleinschätzungen.

Hier muss die Bundesregierung genauso die Leistungen um die bisher unberücksichtigte Inflation aus den Jahren zwischen 1995 und 2017 erhöhen. Denn die Leistungen sollen eine angemessene finanzielle Absicherung gewähren (HIVHG, S.8, 1. Absatz, li. Spalte). Ohne Inflationsausgleich ist eine angemessene finanzielle Absicherung nicht mehr gegeben. Und der Gesetzgeber verstößt gegen sein eigenes Gesetz.